

ngstoffe

, Calm.

fel von Nr. 18 an
sowie andere
auch auf Teilzahlung
zu haben bei
Stoll, Haggasse.

Verkauf.

oldals, Bahnstation,
schweislich gutgehende

irtschaft

(wirtschaftsgerechtigkeit)
Morgen umfassenden,
ndwirtschaft,
Das Anwesen bietet
ngsbedingungen voll-
ie Geschäftsstelle des

Angestellten

Zimmer

Deckenfabriken.

Transport

uferfchweine

von 500-800 Mark
uf. - Habe auch

immer

ata jr., Hirsau.

erkaufe ich am Mitt-
2 Uhr, im Kaffee-

Kost, 1 Kleider-
Regulateur, 1

Sofa, 1 eiserne
Lüppelstuhl mit

schöne Zimmer-
Rüchengefähr.

aditiv. K o l b.

auffunge

oder

aufmädchen

gesucht.

Wilhelm Dingler,
Bahnhofstr.

Schrecken der
Ziehbeiger,
- und Klauenfende

ilbar

ab drei Tagen, a. in den
s. S. Erfolg garant.
s: Mark 20. -
nchen nur geg. Nr. 0.30

bad, Kirchheim-L.

Dünger-

K

escheine

haben!

kwerk



Nr. 154.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungspreis: 6 mal wöchentl. Anzeigerpreis: Die kleinste Spalte 60 Bl. wöchentlich 2.- M. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. - Fernspr. 9.

Dienstag, den 6. Juli 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis 12.90 mit Postgeld. - Schluß der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Die Konferenz von Spa.

Die nächsten Tage werden darüber zu entscheiden haben, ob unsere Feinde jetzt endlich mit uns Frieden schließen wollen, oder ob sie den Krieg mit anderen Mitteln, d. h. mit den Mitteln dauernder militärischer Bedrohung und wirtschaftlicher Ausbeutung, fortführen wollen. Von Frankreich wird ja die Propaganda des Schlagwortes fortgesetzt: Deutschland hat die Friedensbedingungen, die es bis heute zu erfüllen hatte, nicht erfüllt, deshalb müssen Repressalien in Form von „Sicherungen“ ausgeübt werden. Man kümmert sich nicht darum, was Deutschland bisher geleistet hat, daß es sein Kriegsmaterial abgeliefert hat, seine Kriegs- und Handelsflotte, seine Kolonien, daß wertvolle Teile seines Landes besetzt sind, daß es die Besatzungstruppen unterhalten muß, daß es seine Kolonien verloren hat, daß es schließlich schon eine riesenmenge von Kohlen und anderem „Wiedergutmachungs“-Material geliefert hat. Um der ganzen Konferenz sofort den Stempel aufzuprägen, verbreitete Havas über die erste Sitzung die Meldung, sie habe eine „Sensation“ gebracht, weil man nicht über die Entwaffnungsfrage habe reden können infolge der Abwesenheit des deutschen Reichswehrministers. Die Herren von Paris hätten natürlich zu gern von Anfang an Reibereien geschaffen, um so gleich den französischen Militarismus und seine Kraft im schönsten Lichte erscheinen zu lassen. Der deutsche Reichskanzler gab aber gelassen zur Antwort, daß die deutsche Abordnung geglaubt habe, zuerst würden die wirtschaftlichen Fragen verhandelt, und daß daher die militärischen Sachverständigen noch nicht erschienen seien. Und Frankreich kam um seine Sensation, die es zum Selbstzweck so nötig gebraucht hätte. Es ist schon so, solange die französischen Traditionen der Niederhaltung und Zerschmetterung Deutschlands, und der Verwelschung möglichst großer Teile des deutschen Volkes mit Eifer fortgesetzt werden, wie seit Ludwigs XIV. Zeiten, solange gibt es keine Ruhe in Europa.

Das Ergebnis der Konferenz von Spa wird nun davon abhängen, inwieweit England und Italien, nicht etwa uns zuliebe, sondern im eigenen Interesse, dem französischen Machthaber entgegenzutreten vermögen. Der französische Kolonialminister hat kürzlich erklärt, mit der Annexion der deutschen Kolonien Kamerun und Togo seien die kolonialen Eroberungen Frankreichs beendet. Man wird sich also jetzt in erster Linie auf die europäische Politik einstellen, die darin bestehen wird, in Europa die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft mit Hilfe der Angelsachsen festzuhalten, und zu diesem Zwecke Deutschland bauernd militärisch, politisch und wirtschaftlich unter dem Daumen zu halten. Die Verbündeten Frankreichs, durch deren Hilfe allein die Franzosen in diese Lage gekommen sind, haben aber andere Interessen, England in seinen Kolonien, Italien auf dem Balkan, und so liegt ihnen heute an der Förderung der französischen Pläne nicht mehr, als sich mit ihren eigenen Geschäften verträglich. Die Welt ist heute unruhiger als je, und die Ententestaaten haben das größte Interesse, ihren Raub im Orient zu sichern, und den russischen Bolschewismus an seiner Ausdehnung zu verhindern. Schon schreiben die Polen, die seit ihrer Befreiung in einem ausgesprochenen Größenwahn sich nicht nur nach Westen, Norden und Süden, sondern auch nach Osten ausdehnen wollten, um Hilfe, weil die Bolschewisten dem polnischen Imperialismus nicht nur mit Protestnoten entgegengetreten sind, und bereits Lemberg erobert haben. Die Türken führen Krieg gegen die griechischen Absichten auf den Bezirk Smyrna, in Syrien bekommen die Franzosen, in Mesopotamien die Engländer Hebe, und in Persien sowie den in der Nähe Indiens liegenden Staaten treten starke bolschewistische Reigungen zu Tage. Die Alliierten haben also grade genug zu tun, um ihre Macht in andern Gebieten aufrechtzuerhalten, ganz abgesehen davon, daß es auch im Innern der Ententestaaten genau so kriegt wie bei uns. Deshalb kann es der Entente nicht daran liegen, im jetzigen Augenblick noch weiteren Konfliktstoff zu schaffen, wenn sie die deutschen Vertreter zwingt, zu etwaigen unannehmbaren militärischen oder wirtschaftlichen Forderungen ein unbedingtes Nein! zu sagen. Unsere Sachverständigen werden klarlegen, daß wir nur bezahlen können, wenn man uns die Möglichkeit zum wirtschaftlichen Wiederaufbau läßt, und daß dieser nur möglich ist, wenn man uns ein zuverlässiges Heer in genügend hoher Zahl läßt, das die Ordnung und Sicherheit im Innern verbürgt. Die Behauptung, wir könnten mit 200 000 Mann die Entente bedrohen, ist lächerlich, abgesehen davon, daß wir weder wirtschaftliches noch Kriegsmaterial zum Kriegführen hätten. Das deutsche Volk muß aber auch endlich wissen, was es zahlen soll, welche Sicherheiten es gegen fremde Uebergriffe erhält, denn

sonst wird bei uns keine Arbeitslust mehr eintreten, und dem Bolschewismus werden Tür und Tor geöffnet. Es wird also nun von der Entente abhängen, ob sie wirklich den Frieden in Europa will, oder ob sie durch weiteren unerträglichen Druck auf das deutsche Volk dieses zur Verzweiflung treiben und damit auch sämtliche europäischen Staaten dem wirtschaftlichen und kulturellen Ruin aussetzen will. O. S.

Die erste Sitzung.

(W.B.) Spa, 5. Juli. (Havas.) Die erste Sitzung der Konferenz stand im Zeichen einer Sensation. Bei Beginn der Sitzung unterrichtete der Vorsitzende de la Croix die deutsche Delegation darüber, daß die Alliierten gemäß der beschlossenen Tagesordnung die militärischen Fragen zuerst zu erörtern wünschten. Reichskanzler Dr. Fehrenbach antwortete darauf, daß die Vertreter Deutschlands die Behandlung der wirtschaftlichen Fragen in erster Linie erwarteten. Der Reichswehrminister und der militärische Sachverständige seien noch nicht in Spa eingetroffen. Ohne ihre Anwesenheit sei es unmöglich, an die militärischen Fragen heranzutreten. Nachdem de la Croix sich mit den alliierten Kollegen über eine eventuelle Aenderung der Tagesordnung besprochen hatte, teilte er der deutschen Delegation mit, daß die Konferenz zur Besprechung der Abrüstung in Deutschland die kompetenten Vertreter abwarten wolle. Der Reichskanzler erklärte, die Diskussion über diesen Gegenstand könne am Dienstag nachmittag aufgenommen werden, da Dr. Gehler und General Seeckt gegen 2 Uhr nachmittags ankommen würden. Der erste Meinungsaustausch vollzog sich in durchaus höflicher Form. Die Deutschen zeigten eine würdige und reservierte Haltung. Um 11.30 Uhr vormittags wurde die Sitzung auf Dienstag nachmittag 3 Uhr vertagt. Bis dahin werden die Alliierten unter sich Besprechungen abhalten über die noch schwebenden Fragen.

(W.B.) Spa, 5. Juli. Die erste Besprechung der Konferenz fand heute vormittag 11 Uhr im Schlosse de la Freineuse unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten de la Croix statt. An der Konferenz nahmen teil von belgischer Seite: der Ministerpräsident, der Minister des Äußern und der Minister des Innern; von englischer Seite der Premierminister, der Staatssekretär des Äußern und Sir L. Borthwick Evans; von französischer Seite der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Minister für öffentliche Arbeiten; von japanischer Seite der Botschafter in London; von deutscher Seite: der Reichskanzler, der Minister des Äußern Dr. Simons, Finanzminister Dr. Wirth und Ernährungsminister Hermes. Sofort nach Eintreffen der deutschen Delegierten, denen an der linken Seite des in Hufeisenform aufgestellten Tisches Plätze neben den Japanern reserviert waren, wurde ohne formelle Begrüßung in die Verhandlungen eingetreten und zunächst die Tagesordnung festgesetzt, welche die folgenden Punkte umfassen soll: Durchführung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrags; Wiedergutmachung; Kohlenfrage; Kriegsverbrechen; Danziger Frage. Reichskanzler Fehrenbach erklärte, nachdem er seiner Genugtuung über das Zustandekommen von kontraktlichen Verhandlungen Ausdruck gegeben hatte, daß es der beste Wille der deutschen Delegation und des ganzen deutschen Volkes sei, die Friedensbedingungen loyal durchzuführen. Zur Behandlung der ersten Frage würde allerdings die Anwesenheit des Reichswehrministers und des Generals Seeckt notwendig sein, die, als man gestern von der bevorstehenden Erörterung der militärischen Fragen erfahren habe, sofort dringend herbeigebeten worden seien, aber nicht vor morgen nachmittag eintreffen könnten. Die Konferenz beschloß, die Ankunft der Herren abzuwarten. Auf Anfrage des Reichskanzlers, ob vielleicht zur Besprechung der Bestrafungen die Anwesenheit des deutschen Justizministers erforderlich sei, wurde mitgeteilt, daß sie dringend erwünscht sei. Es würden übrigens auch der englische Lordkanzler und der französische Justizminister erscheinen. Nachdem Reichskanzler Fehrenbach darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der deutsche Justizminister gleichzeitig Vizekanzler sei und daß, da der Reichstag jetzt tagt, die gleichzeitige längere Abwesenheit des Reichskanzlers und des Vizekanzlers zu Anzuträglichkeiten führen könnte, beschloß die Konferenz, die Frage der Bestrafung bereits am Donnerstag zu besprechen. Die Versammlung vertagte sich darauf.

Der deutsche Reichskanzler an die Vertreter der alliierten Presse.

(W.B.) Spa, 5. Juli. Reichskanzler Fehrenbach empfing heute nachmittag 5 Uhr die Vertreter der alliierten Presse in seiner Wohnung. Er machte ihnen folgende Erklärungen, die ein Plädoyer zugunsten der Milderung der Bestimmungen des Versailler Vertrages darstellten: Ich danke Ihnen für das Interesse, das Sie mir persönlich und auch der Sache entgegenbringen, die ich vertrete. Die Hoffnungen, die wir hegen, habe ich am Freitag im Reichstage dargelegt. Wir sind mit der ehrlichen Absicht hierhergekommen, den Friedensvertrag auszuführen, soweit es in unserer Macht steht. Es hängt dies von unserer Fähigkeit und in erster Linie von der Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ab. Unser Volk wurde durch den Krieg erschöpft. Es hat Hunger gelitten und unser Hauptaugenmerk muß darauf gerichtet werden, unsere Produktion zu erhöhen, die bis jetzt nicht ausreichte, um unser Volk zu ernähren. Andererseits müssen wir trachten, die Lebensmittel, die wir nötig haben, vom Auslande einzuführen. Wenn wir zu einem Abkommen gelangen, wenn die Bedingungen erfüllt sein werden, so hoffen wir, daß uns die wirtschaftliche Wiedergeburt unseres Landes gestatten wird, die schweren finanziellen Verpflichtungen, die wir durch den Friedensvertrag von Versailles eingegangen sind, zu erfüllen. Der sechsjährige unglückselige Krieg hat nicht nur in den Ländern, in denen er geführt wurde, sondern auch in Deutschland große Verheerungen angerichtet. Wir sind entschlossen, unsern Teil zur Wiederaufrichtung der Welt beizutragen und den Friedensvertrag von Versailles im Rahmen des uns Möglichen auszuführen. Ich lege Wert darauf, Ihnen zu erklären, daß wir nach der letzten Note der Alliierten, die uns zugegangen ist, nicht erwarteten, daß die militärische Frage zuerst behandelt werden soll. Wir hatten deshalb die Anwesenheit des Reichswehrministers und des Generals v. Seeckt für später vorgesehen.

Berliner Stimmen.

* Berlin, 6. Juli. Ohne sich irgend welchem vorschnellen Optimismus hingeben zu wollen, will das „Tagblatt“ in der Tatsache, daß der Reichswehrminister Gehler und der General v. Seeckt nach Spa berufen worden waren, ein günstiges Zeichen sehen. Das Blatt glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß die englische und wohl auch die italienische Regierung nach Ueberreichung der Ententenoten Berichte aus Deutschland erhalten haben, die auf Grund besonderer Erhebungen verfaßt waren. — Vor seiner Abreise nach Spa hatte der Reichswehrminister eine Unterredung mit Vertretern der Presse und äußerte seine Genugtuung darüber, daß Deutschland nunmehr in der Lage sei, an einem Tisch mit der Entente zu verhandeln. Er erblicke darin ein Zeichen dafür, daß endlich unsere früheren Feinde einsehen, daß ihre eigenen Interessen ihren bisher verfolgten Plänen entgegenstehen, ein Standpunkt, den er wiederholt in der Öffentlichkeit geltend gemacht habe, indem er auf die Gefahren hinwies, die mit der Herabsetzung der uns verblichenen Truppenzahl verbunden sind. Diesen Standpunkt wird der Minister auch in Spa vertreten. — Dr. Gehler äußerte sich, dem „A. L.“ zufolge, eingehend über die Abwicklungsstellen, denen nichts mehr im Wege stehe. Mit Interesse nahm der Minister die Nachricht entgegen, daß die Polen die Alliierten in Brüssel um Hilfe gegen die Bolschewisten gebeten hätten. — Wie der „Vorwärts“ berichtet, ist das Programm der Verhandlungen von Spa derzeit erweitert worden, daß sich die Abreise weiterer Minister nach dem Konferenzort notwendig macht. Da der Reichstag nicht in Abwesenheit der allermeisten Regierungsmitglieder weitertagen wolle, dürfte er zu dem Beschluß kommen, seine Beratungen zu unterbrechen. — Im roten „Tag“ sagt der frühere Oberpräsident v. Batocki, alles hänge davon ab, ob unsere Vertreter diesmal die Nerven behalten und ob sie, wenn unerfüllbare Forderungen gestellt werden, die Kraft besitzen, zu erklären: Nein, das unterschreiben wir nicht.

Ein englisches Blatt über die Entschädigungsfrage.

Rotterdam, 5. Juli. Das Sonntagsblatt „Observer“ tritt mit Nachdruck für eine Verminderung der deutschen Entschädigungszahlung und für die Festsetzung eines kurzen Termins ein. Die äußerste Frist für diesen Termin müssen zehn Jahre sein. „Observer“ ist der Meinung, daß die Alliierten in diesen zehn Jahren gute Aussicht haben, das Verlangte zu erhalten. Auf diese Weise bestehe Aussicht, bessere Ergebnisse für die Staatskasse der Alliierten und für den Weltfrieden zu erzielen. Es be-

stehe wenig Hoffnung, daß die Alliierten außer dem, was in den nächsten zehn Jahren einkomme, noch irgend etwas erhielten. „Oberver“ schließt mit der Bemerkung: Ein endgültiges Herauskommen aus dem Sumpf wird nicht gefunden werden, bevor ein neuer Kongreß, auf dem die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland vertreten sind, die Revision des gesamten Friedensvertrags in die Hand nimmt.

Eine holländische Stimme zur Konferenz.

* Amsterdam, 5. Juli. „Telegraaf“ glaubt, daß die Alliierten in Spa der deutschen Delegation Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über die Entschädigungsfrage geben werden, um die Möglichkeit fruchtbarer Zusammenarbeit zu schaffen. Man müsse einen Unterschied machen zwischen Bedingungen, die dem Besiegten diktiert werden, und solchen, die die lokale Mitarbeit des Besiegten im Friedenszustand erfordern. Eine Mitarbeit des Besiegten, die jedermann als unumgänglich notwendig ansehe, könne unmöglich durch Machtmittel erzwungen werden. Spa könne die Grundlagen zu einer Annäherung zwischen den früheren Feinden legen, einer Annäherung, die Europa dringend brauche und die auch für die Entwicklung des Völkerbundes notwendig sei.

Gegen die Annexion

von Togo und Kamerun durch Frankreich.

* Berlin, 5. Juli. Die Deutsche Kolonialgesellschaft richtete folgendes Telegramm an den Reichskanzler: Zeitungs- nachrichten zufolge plant die französische Regierung eine einfache Annexion von Togo und Kamerun. Das würde gegen Sinn und Wortlaut der Völkerbündlungsverträge und einen offenen Bruch des Versailler Friedens bedeuten. Die Deutsche Kolonialgesellschaft erhebt gegen ein solches Vorgehen Frankreichs schärfsten Einspruch und bittet Ew. Exzellenz, bei den Verhandlungen in Spa entschieden gegen solche Absichten Frankreichs Stellung zu nehmen. An den Reichstag wurde ein Telegramm gerichtet, in dem der Reichstag gebeten wird, auch seinerseits gegen Frankreichs Absichten Stellung zu nehmen.

Zur ängeren Lage.

England als Vermittler bezüglich der Streitigkeiten der russischen Randstaaten.

London, 5. Juli. (Reuter.) Die „Times“ erklärt, die englische Regierung habe der polnischen Regierung gegenüber dem Wunsche Ausdruck gegeben, Polen möge die Unabhängigkeit Litauens unter Anschluß Wilnas anerkennen und mit Litauen in Verhandlungen eintreten, um eine freundschaftliche Verständigung zwischen den beiden Ländern herbeizuführen.

Der irische Freiheitskampf.

Amsterdam, 5. Juli. Wie „Allgemeen Handelsblad“ aus London meldet, hat am Freitag Abend das irisch-republikanische Parlament eine Sitzung abgehalten, an der etwa 60 Mitglieder teilnahmen. Das Parlament erließ ein Dekret, durch das zur Einrichtung republikanischer Gerichtshöfe die Ermächtigung erteilt wird. — Eine nationale Anleihe in Höhe von 250 000 Pfund ist mit 50 000 Pfund überzeichnet worden.

Amsterdam, 5. Juli. Die „Times“ melden aus Kleinasien, daß die Griechen nach einem heftigen Gefecht Eretned besetzt haben. Bei Balu Kesser seien 1200 Türken gefangen genommen worden. Einige griechische Transportschiffe mit 12 000 griechischen Truppen an Bord sind durch die Darbanellen in Richtung auf das Marmarameer gefahren.

Der griechische Eroberungskrieg in Kleinasien.

Smyrna, 5. Juli. Griechischer Heeresbericht vom 3. Juli: Der Feind, der im Süden von Bakteri eine vernichtende Niederlage erlitt, wird energisch verfolgt. Einzelne zerstreute Abteilungen konnten nach Brussa entkommen. Die gestern in Banderma vollzogene Truppenlandung trug zu dem schnellen Erfolge bei. Die Abteilungen, die unter dem Schutze der englischen Flotte landeten, drangen gegen Süden vor und stießen in Omestioef, 26 Kilometer südlich von Baliklesri, auf die Vorhut der türkischen Armee. Die ganze Aktion nahm 3 1/2 Tage in Anspruch.

Nationalversammlung.

Die Ernährungsfrage.

(228.) Berlin, 5. Juli. Haus und Tribüne sind trotz der Bedeutung der Tagesordnung für das allgemeine Wohl recht mäßig besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist man das Diätengesetz an die Geschäftsordnungskommission. Die Interpellation der rheinisch-westfälischen Abgeordneten über die Schwierigkeiten der Brotversorgung wird mit den Interpellationen der Unabhängigen wegen der fortgesetzten Erhöhung der Erzeugerpreise für die landwirtschaftlichen Produkte verbunden.

Erstlenz (Dem.) begründet die erste Interpellation und schildert namentlich die ungesunde Zusammensetzung des Brotes, bei der die Erbsamen das Mehl bei weitem überwiegen. Die durch die Regierung zu liefernden Rationen kämen in schlechtestem Zustand an. Mit Besprechungen sei die Regierung gleich bei der Hand; aber es geschähe nichts, und jetzt sei es so weit, daß in einzelnen Städten in 14 Tagen kein Brotgetreide mehr vorhanden sein würde. Mitgeteilt sei es so schlimm, wie im Industriegebiet, wo auf 10 Prozent Mehl 90 Prozent Erbsen kommen. Dabei gäbe es genügend Weizenmehl, das zu Weizenpreisen (1300 M für den Doppelpentner) an die Bäcker gegeben werde, damit sie Brötchen und Weißbrot daraus machen können. Diese Mengen müßten beschlagnahmt werden. Ueberhaupt bedürfe das ganze System der Getreideversorgung einer Revision. Die Zwangswirtschaft habe versagt. Ein Ausweg wäre, neben der Zwangswirtschaft im Industriegebiet auch die freie Einfuhr zu gestatten.

Abg. Dr. Herz begründet die Interpellation der Unabhängigen: An den Weizenpreisen für Obst und Gemüse sieht man, daß der freie Handel die produktive Bevölkerung ausbeutet. Deshalb widersteht sich meine Partei der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Wenn die Lockspiegelarbeit der Reaktion, die an den Unruhen der letzten Tage die Schuld trägt, leider den gewünschten Erfolg hatte, so ist das auch ein Beweis dafür, bis zu welchem Grade die Verzweiflung gestiegen ist. Wir sagen der Regierung den schärfsten Kampf an. Nicht die Landesgetreidebestelle allein trägt die Schuld an der Kalamität, sondern auch die Verfütterung an das Vieh und der Kleinhandel. Es fehlt auch an dem guten Willen der Agrarier. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss kann nicht mehr als gehemmt angesehen werden.

Unterstaatssekretär Dr. Hugo beantwortet beide Interpellationen. Im Industriebezirk muß zurzeit schon eine wesentliche Entspannung eingetreten sein, da 6000 Tonnen Getreide größtenteils dorthin entsandt wurden. Einfuhr vom Ausland ist eingeleitet. Gegen Landwirte und Weizen soll energisch vorgegangen werden. Eine Senkung der Mehlpreise ist nicht möglich, da wir immer noch auf das Auslandsmehl angewiesen sind.

Auf Antrag des Abg. Buelage (Zentr.) wird sofortige Besprechung beschlossen.

Abg. Kaeppeler (Soz.): Wir können von Glück sagen, wenn wir in diesem Jahre noch mit einem blauen Auge davonkommen. Wir besitzen keine Reserven. Tritt eine Verkehrsstockung oder ein Streik ein, dann ist der Zusammenbruch und damit der Bürgerkrieg da. Die Landwirtschaft muß mit der Abänderung der Preispolitik beginnen. Sie kann es, weil ihr die Lebensmittel von selber zuwachsen und weil sie im Kriege glänzend verdient hat. Ist die Landwirtschaft dazu bereit, so werden auch andere Volksklassen mit sich reden lassen und dem Reiche entgegenkommen. Gegenüber dem Friedensstande haben sich die Preise bei der Landwirtschaft um das zehnfache vermehrt, während die Löhne nicht annähernd um das zehnfache gestiegen sind.

Inzwischen ist ein Antrag der Unabhängigen eingereicht worden mit der Erklärung, daß die Behandlung der Interpellationen durch die Regierung nicht den Anschauungen des Reichstags entspricht.

Abg. Sauerbrey macht die Landwirtschaft für die Unterernährung der Kinder verantwortlich. Der Postil des Reichsernährungsministers bringen wir kein Vertrauen entgegen. Angesichts der Ernährungszustände im Industriegebiet und der Arbeitslosigkeit ist es kein Wunder, wenn es zu Unruhen kommt. Erst der Sozialismus kann wirklich Abhilfe schaffen.

Am 6 Uhr wird die Fortsetzung der Besprechung auf morgen 2 Uhr vertagt.

Deutschland.

Zur Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten.

* Berlin, 6. Juli. Wie die „Germania“ zuverlässig erfährt, ist die Frage der Präsidentenwahl noch keineswegs spruchreif. Der Wunsch der Reichsregierung sowohl wie der des Reichstags gehen dahin, daß Reichspräsident Ebert bis auf weiteres sein Amt beibehalten möge. Es sei anzunehmen, daß er diesem Wunsche willfahren werde.

Ausweisung tschechoslowakischer Unruhestifter.

* Berlin, 6. Juli. Laut „B. V. A.“ hat wegen ihrer Beteiligung an den Unruhen im Ruhrrevier eine ganze Reihe Kohlenbergarbeiter, insbesondere tschechoslowakischer Staatsangehöriger, einen Ausweisungsbefehl erhalten.

Ein deutscher Rentnerbund.

Der Zusammenschluß aller deutschen Rentnervereine ist zur Tat geworden. In Bernigerode wurde die Gründung des deutschen Rentnerbundes, G. B. Berlin einstimmig beschlossen. Der Bund umfaßt 20 Landesvereine, Vorsitzender ist Justizrat Zahns-Berlin und Direktor Wolff-Dresden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 6. Juli 1920.

Konferenz der Gewerkschafts- und Unterbeamtenvereinsvorstände.

Man schreibt uns: Der hiesige Ortsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte eine Konferenz einberufen, um zur **Leuerungsfra**ge nochmals Stellung zu nehmen. Im Auftrage der Dreier-Kommission berichtete Hörnle über die Verhandlungen mit dem Oberamtsvorstand eingehend, woran sich eine längere Aussprache anschloß. Die Antwort des Staatspräsidenten Dr. Sieber auf die über sandte Resolution wurde vom 1. Vorsitzenden B. J. Hoff verlesen. Sodann besprach der zweite Vorsitzende M. A. die Erhöhung des Milchpreises, wie derselbe zustande gekommen sei und wie daraufhin der Protest im ganzen Lande eingeleitet habe. Der Weg lokaler Herabsetzung des Preises wie anderwärts sollte auch hier zur Ausführung gelangen. Der städt. Milchbeamte P. r. o. verbreitete sich dann über die Milchversorgung in Calw, die zurzeit allgemein genommen, eine trostlose sei. Trotz der Preiserhöhung werde in vielen Fällen das Lieferungsoll nicht erfüllt, wofür mancherlei Gründe (Heuernte, Milchmanierei, Kurzfremde usw.) angeführt wurden. Nach den längeren Ausführungen setzte eine z. T. sehr lebhaft besprochene der Milchpreiserhöhung ein. Im Interesse der Jugend, der Kranken und alten Leute müsse an die Erzeuger appelliert werden, daß sie ihrer Lieferungsoll vollständig nachkommen. Scharf verurteilt wurde auch die Milchmanierei, denn dies müsse zu bedenklichen Zuständen führen. Man müsse zur Kontrolle schreiten. Das Resultat der Aussprache war: 1. soll der zweite Vorsitzende in der Sitzung des Ausschusses des Landw. Bezirksvereins, zu der er geladen war, die Wünsche der Arbeiter betr. Milchpreiserhöhung, wie sie zu Tage getreten waren, vorbringen und

die Herabsetzung auf 1 M. vorschlagen. 2. wurde beim Ernährungsministerium telegraphisch nochmalige ärztliche Kontrolle aller Kurfremden im Oberamt gefordert und sofortige Ausweisung der als „gesund“ befundenen verlangt. Nach Vorbringung verschiedener anderer Angelegenheiten wurde eine Dreier-Kommission (Wischhoff, Kolb, Maier G. M.) gewählt, die nochmals mit dem Oberamtsvorstand über verschiedene Fragen verhandeln soll. Den Schluß der Sitzung bildete eine Reihe von Beschwerden verschiedener Art.

Aus dem landwirtschaftlichen Bezirksverein.

Die am letzten Sonntag in Calw stattgehabte Gesamtausschuss-Sitzung, an der 9 Vorstands- und Ausschussmitglieder, sowie 26. Obmänner der landw. Ortsvereine teilnahmen, wurde von Vereinsvorstand Dingler geleitet. In seinen Begrüßungsworten bemerkte er, daß die Wahlen sehr günstig für die Landwirtschaft ausgefallen seien. Infolge dessen haben die Landwirte und insbesondere die Führer, allerhand Anfechtungen zu erleiden, er bitte daher dringend, einig und geschlossen zu bleiben und zu den Führern zu halten. Trotz aller Anfechtungen hätten wir die Pflicht, weiterzuarbeiten, unser Vieh zu pflegen, unsere Acker zu bebauen und nach Kräften für die Volksernährung zu sorgen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Kündigung der Stelle als Oberkäufer für Schlachtwiehaufbringungen“ führte der Vorsitzende aus, daß die Schlachtwiehaufbringung längst zusammengebrochen sei. Es sei jetzt nur noch Schlachtwieh im Wege der Zwangsenteignung zu beschaffen, die Maßregeln, die dabei ergriffen werden, können wir nicht billigen und es sei daher besser, wenn der Verein mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun habe. Nach kurzer Aussprache wird einmütig die sofortige Kündigung der Oberkäuferstelle für Schlachtwiehaufbringung beschlossen. Der Vorsitzende teilt sodann mit, daß der württ. Viehverwertungsverband, eine private Vereinigung, dem viele landw. Vereine und auch unser Verein als Mitglieder angehören, und der daher nicht mit der amtlichen Fleischverwertungsstelle verwechselt werden dürfe, den Verkauf von Schlachtschweinen und die Versorgung der Landwirte mit Ferkeln übernommen habe. Da große Nachfrage nach Ferkeln herrsche, empfehle er deren Bezug durch den Viehverwertungsverband. Nach längerer Aussprache wird beschlossen, die Mitglieder der landw. Ortsvereine zur Bestellung von Ferkeln beim württ. Viehverwertungsverband aufzufordern. Die Bestellungen sollten baldmöglichst dem Vereinssekretariat übergeben werden. In den Gemeinden Nischalden, Vergotte und Neuweiler sind kürzlich landw. Ortsvereine gegründet worden, so daß nun in allen ländlichen Gemeinden landw. Ortsvereine sind. Der Vorsitzende macht auf die Wichtigkeit der technischen Nothilfe auch für die Landgemeinden aufmerksam und fordert zum alsbaldigen Beitritt auf. Die Ortsvereine, welche ihre Anmeldungen hiezu noch nicht eingesandt haben, sollten dies baldmöglichst tun. Wegen Nachzahlung eines höheren Preises für den abgelieferten Pflichthäfer ist der landw. Hauptverband schon mehrmals vorstellig geordnet, bis jetzt erfolglos. Es verlautet, daß die Strafen, welche die Nichtablieferung des Pflichthäfers in doppelter Höhe des Marktpreises für den nichtgelieferten Häfer zu bezahlen haben, zu den Nachzahlungen an die Abnehmer verwendet werden sollen. Zwei Anträge des landw. Ortsvereins Nischheim, daß der Verkauf sämtlicher landw. Erzeugnisse auf genossenschaftlicher Grundlage an die Verbrauchervereinigungen unter Ausschluß jeglichen Zwischenhandels durch Abschluß von Lieferungsverträgen erfolgen und daß die Zwangsbewirtschaftung des Schlachtwiehs sofort aufgehoben werden soll, finden einmütige Zustimmung und sollen dem Hauptverband zur Weiterbehandlung übergeben werden.

Die Beratung des letzten Punktes der Tagesordnung „Herabsetzung der Höchstpreise für Milch“ nahm volle 3 Stunden in Anspruch. Hiezu waren auch der Oberamtsvorstand mit 2 Beamten, der Stadtvorstand von Calw mit dem Verwalter der städt. Milchzentrale P. r. o., sowie Gemeindevater M. A. als Vertreter der Arbeiterschaft erschienen. Nach Begrüßung dieser Herren berichtete der Vorsitzende über die Beratungen der Landesverwertungsstelle, denen er angeordnet hat. Nachdem in diesem Frühjahr der Stallpreis für 1 Liter Vollmilch in Hessen auf 1,55 M., in der Pfalz und in Baden auf 1,50 M. erhöht worden sei, habe sich die Landesverwertungsstelle veranlaßt gesehen, um ein Abwandern der Milch beim Butter nach Baden zu verhindern, eine Neuregelung der Milchhöchstpreise vorzunehmen. Nach eingehenden Besprechungen mit den Vertretern der landw. Organisationen, der Städte und der Verbraucher hätten schließlich alle Gruppen anerkannt, daß eine Milchpreiserhöhung unumgänglich notwendig und angesichts der gesteigerten Erzeugungskosten vollständig berechtigt sei. Eine auf amtlichen Grundlagen beruhende Berechnung der Erzeugungskosten habe im günstigsten Fall 1,22 M. und im Landesdurchschnitt 1,52 M. für 1 Liter ergeben. Auf Grund dieser Berechnungen sei nun von 15. Juni ab ein Höchstpreis von 1,20 M. für 1 Liter Genüßmilch festgesetzt worden. Zugabe sei, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine Preiserhöhung der denkbar ungünstigste war, weil infolge des Niederverliegens der Industrie und der dadurch bedingten Arbeitseinstellungen und Arbeiterentlassungen an eine Erhöhung der Arbeitslöhne nicht gedacht werden könne und habe sich deshalb landauf landab in den Kreisen der Verbraucher und namentlich der Arbeiter, eine starke Gegenbewegung bemerkbar gemacht, welche dazu geführt habe, daß in manchen Oberamtsbezirken der Milchpreis freiwillig von den Erzeugern auf 1 M. bzw. 1,10 M. erniedrigt worden sei. In der hierauf folgenden Aussprache berichteten zunächst die Herren P. r. o. und Milchkontrolleur Kommel über die Milchlieferungen der einzelnen Gemeinden und wiesen nach, daß ein großer Teil derselben ihrer Lieferungsoll nicht voll nachkommen und teilweise erheblich im Rückstand ist. Auffallenderweise ist der Rückgang in der Milchlieferung seit der Preis-

Oberamtsstadt Calw.

Unter dem Titel:

"Guter Geschmack des Alltags"

wird vom Württ. Landesgewerbemuseum in der Zeit vom Samstag, den 10. Juli bis Freitag, den 16. Juli (je einschließlich) vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-5 Uhr im großen Saal des Georgenraums in Calw eine

Wander-Ausstellung

veranstaltet, in der in Form und Farbe gediegene Leistungen auf den verschiedensten Stoffgebieten des Kunstgewerbes - Metalle, Keramik, Glas, Textilien und namentlich allerlei Graphik - vorgeführt werden.

Am Eröffnungstage, Samstag, den 10. Juli d. J., nachmittags 2 Uhr, wird der Direktor des württemb. Landesgewerbemuseums, Herr Professor Dr. Pözagrek mit einem Vortrag in die Ausstellung einführen.

Die nähere und weitere Umgebung Calws und insbesondere die interessierten Gewerbetreibenden werden zu dem Besuch der Ausstellung herzlich eingeladen. Eintritt frei!

Für die Stadtgemeinde Calw: Stadtschultheiß Göhner. Für den Bezirks-Handels- und Gewerbe-Verein: Flaschnermeister Essig.

Stadtgemeinde Calw. Bekanntmachung.

Die Bahnhofstraße

vom „Adler“ bis zur oberen Brücke ist wegen Bewalzung bis auf weiteres

gesperrt.

Calw, den 6. Juli 1920.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Blumenfreunde u. Brantleute. Habe beste Bezugsquelle in Blumenständern und Blumentischen beides in bester Ausführung und wunderbarer Schönheit zu billigen Preisen. Für Kaufleute alleinige Bezugsquelle. Heinrich Ayaße, Neuhengstett.

Auf das Kontor eines hiesigen Geschäfts wird sofort gewandte Maschinenschreiberin gesucht. Schriftliche Angebote unter E. 200 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Landwirte! Viehbesitzer! Achtung! Schutz gegen Maul- und Klauenseuche bietet das Vorbeugungs- und Desinfektionsmittel „Eskarl“. Das Mittel hat sich bei den angestellten Versuchen glänzend bewährt und ist von hohem volkswirtschaftlichem Wert. Generalvertrieb für Württemberg, Baden, Hohenzollern W. Laib & Co., Vertriebsgesellschaft m. b. H. Stuttgart. Telefon 1123. Sofienstraße 3a. Telegrammadresse: Laibvertrieb.

Grundstücks-Verkauf! Verkauft am Donnerstag, den 8. Juli, vormittags 10 Uhr, an Ort und Stelle mein an der Neuen Altbürgerstraße gelegenes

Obstbaumgut Größe 10 ar 36 qm, gegen Barzahlung. Hof. Koch.

Ein- und Zweispänner-Fuhren aller Art übernimmt bei billigster Berechnung U. Luz, Lederstraße.

Bringe diese Woche wieder einen Transport Milch- und Läufer-schweine im Auftrag, im Preis von 500-800 Mark das Paar, zum Verkauf. - Habe auch 2 Ziegenlämmer zu verkaufen. Gustav Andreatta jr., Hirsau.

Forstbezirke Calmbach, Enzklösterle, Herrenalb, Langenbrand, Meßtern, Neuenbürg, Wildbad.

Für das

Sammeln von Waldbeeren

in den Staatswaldungen werden zufolge Verfügung der Württ. Forstdirektion vom 26. Juni 1920 folgende Vorschriften erlassen:

- 1) Das Sammeln durch Nicht-Württemberger ist verboten; 2) Allgemein, also auch für die einheimische Bevölkerung ist verboten: a) das Sammeln an Blößen, welche durch Einzäunung oder Warungszellen geschlossen sind, b) das Sammeln zwischen abends 6 Uhr und morgens 7 Uhr, c) Das Uebernachten in den Waldhütten oder sonst innerhalb des Staatswaldes.

Wer den Vorschriften zuwiderhandelt, wird auf Grund von Art. 22 des Württ. Forstpolizeigesetzes bestraft.

Neuenbürg, den 5. Juli 1920.

Im Auftrag: Forstamt Neuenbürg v. Saisberg.

Hornberg.

Das Beeren-sammeln jeglicher Art

in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen

ist für Auswärtige bei Strafe verboten.

Gemeinderat.

Heidelbeeren

werden angekauft in der „Jungfer“ zum Tagespreis zu jeder Tageszeit.

Gute Mandoline sucht zu kaufen. Angeb. unter E. 154 mit Preis an die Geschäftsst. d. Bl.

Einen Wurf reine, ans Freisen gewöhnte

Milchschweine verkauft

Heinrich Dürr, b. Hirsch, Althengstett.

Unterhangstett. Ein trächtiges

Rind,

7 Zentner schwer (schöner Rotfleisch) veräußert gegen eine junge

Milchkuh. Friedrich Keppler.

Eine Kuh

mit oder ohne Kalb, sowie einen 10 Wochen alten

Schäferhund verkauft

Martin Schwämme, Windehof bei Calw.

Prima Bodenöl Bodenwische in 3 Größen Stahlspäne Wdroga, die beste Bodenwische, nur in Drogerien erhältlich. Ritter-Drogerie Calw

Stammheim. Gluckhene mit 10 Küken, sowie 60 Liter Mosteffig hat zu verkaufen Chr. Böllnagel.

Gechingen. Setze 2 schöne, starke Läufer-schweine (Bürge) dem Verkauf aus. Die Schweine werden auch einzeln abgegeben. Heinrich Schwarz, Bauer.

F. R.

Donnerstag, 8. Juli, nachm. 1/2 3 Uhr.

Warnung!

Diejenigen, welche noch weiter unwahre Aussagen über mich verbreiten, werde ich gerichtlich belangen.

Karl Faas, Säger, Unterreichenbach.

Gefunden

wurde auf der Weltenschwanner Markung 1 Geldbeutel mit Inhalt, 1 Taschmesser und 1 Schlüssel.

Abzuholen gegen Einrückungsgebühr bei Martin Kirn, Bauer, Weltenschwann.

Zugelassen

ein schwarzer Halbhund (Hündin) und kann innerhalb 8 Tagen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld abgeholt werden bei

Christoph Gäcke, Wöttlingen.

Herzenswunsch!

Solider Goldarbeiter, 33 J. alt, ev., alleinstehend, gesund, tabellose Vergangenheit, guten Charakter, 6000 Mk. Barvermögen, wünscht anständiges, gesundes Fräulein auch Landwirtschafterin aus guter Familie mit Vermögen, im Alter von 22-28 J., kennen zu lernen zwecks baldiger

Heirat.

(Witwe auch angenehm). Vermittlung durch Eltern, Verwandte angenehm.

Nur ernstgemeinte, ausführliche Angebote unter Nr. 152 an das Kontor des Blattes erbeten.

Altbulach.

Setze ein zum 1. mal 12 Wochen trächtiges

Mutter-schwein,

sowie ein junges

Mutter-schaf

mit einem 4 Monate alten

Jungen

dem Verkauf aus Marie Burkhardt.

Eine fehlerfreie

Kuh- u. Ferkel

(unter zwei die Wahl), hat zu verkaufen

Abriion, Liebelsberg.

Lassen Sie sich zu Ihrem eigenen Vorteil davon überzeugen, daß die Anzeige in der Tagespresse das sicherste Mittel ist, Ihren Umsatz ganz erheblich zu steigern! Sie dürfen nur keine Kosten scheuen, wenn Sie Erfolge sehen wollen!

Zum Missions-Fest in Neubulach

am Sonntag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr, werden die Freunde der Mission herzlich eingeladen.

Liegenschafts-Verkauf.

In einer Ortschaft des oberen Nagoldtals, Bahnstation, wird eine in der Mitte des Orts gelegene, nachweislich gutgehende



Gastwirtschaft

(dingliche Wirtschaftsgerechtigkeit) mit einer etwa 15 Morgen umfassenden, guten Landwirtschaft,

besonderer Umstände halber verkauft. Das Anwesen bietet gediegenen Leuten bei günstigen Zahlungsbedingungen vollkommen gesicherte Existenz. Näheres ist zu erfahren durch die Geschäftsstelle des Blattes, unter Nr. 153.

Zur Ausführung

elektr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,

empfiehlt sich

Adolf Braun, Biergasse Installations-Geschäft.

Senf-Saat, Herbst-Rübsamen weißer,

Sonnenwirbel Spinat,

Winter-Zwiebel-Samen und andere bei

Geschw. Deuschle, Lederst.

Bodenöl.

Prima helles, geruchloses Bodenöl per Kg. zu 13.50, 14.50 und 16.50 Mark empfiehlt

H. Gau, Gechingen.

Obiger hat auch etwa 400 Liter guten

Mosteffig

abzugeben.

Habe im Auftrag einen getragenen, guterhaltenen

Anzug

für 16-17 Jähr., zu verkaufen

J. F. Schühle, sen., Schneidemeister, Calw.

Wer wäre Liebhaber für schönes

Nadelholzreisig

zirka 100-150 Wellen zu billigstem Preis.

Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Zwei guterhaltene, silberplattierte

Chaffengeschirre

verkauft

Ernst Widmaler, Sattler u. Tapezier, am Markt.

Sägmehl

kann sofort abgeholt werden solange Vorrat reicht. Burkhardt, Sägewerk, Unterreichenbach.

Bez. Lehrer-Verein Calw. Nachbarbez.

Samstag, den 10. Juli, nachm. 1/2 4 Uhr, Bierbrauerei Dreß.

Redner: H. Löchner aus Stuttgart.

Mädchen gesucht.

Suche für meine Wirtschaft und Küche ein ordentliches Mädchen, das auch etwas kochen und ein wenig Landwirtschaft besorgen kann. Hoher Lohn und gute Verpflegung wird zugesichert. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ordentliche Frau

zum Zeitung tragen für Nachmittag sofort gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Ordentlicher junger Mann

16-17 Jahren, welcher sich auch willig anderen Arbeiten unterzieht, als

Rutscher zu 2 kleinen Pferden, kann bis 12. ds. Mts. eintreten bei

L. Kaercher, Sägewerk Hirsau,

Jüngerer, kräftiger Knecht,

der mit Pferden gut umgehen versteht, sofort

gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein bereits neues Jagdgewehr

verkauft, weil entbehrlich Zentralfeuer, Kal. 16

Abriion, Liebelsberg. Verkauft am Donnerstag 6 Stück

Bienenvölker samt neuen Räten (alt württembergischer Maß). J. Kühle, Dachtel.